

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Beschluss

30 Jahre vereintes Deutschland in Freiheit und Demokratie

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden gemeinsamen Beschluss:

In diesem Jahr feiern wir 30 Jahre Deutsche Einheit. Die friedliche Revolution in der DDR mündete in die erste freie Wahl zur DDR-Volkskammer. Das war ein Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen Einheit und zugleich ein Höhepunkt unserer Demokratiegeschichte.

Die Feierlichkeiten fallen in einen Zeitraum, der durch die besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie geprägt ist. Der hohe Wert von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wird gerade auch in dieser schwierigen Zeit besonders deutlich.

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder verständigen sich dazu auf folgende gemeinsame Erklärung:

1. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR sind mit großem Mut und großer Zielstrebigkeit im Herbst 1989 für Freiheit und Demokratie eingetreten. Sie haben die SED-Diktatur in einer friedlichen Revolution überwunden, den Fall der Mauer und der innerdeutschen Grenze – die Berlin und Deutschland jahrzehntelang teilten – erzwungen. Die friedliche Revolution in der DDR hatte Mut machende Vorbilder. Dass alle Deutschen in einem vereinten und freien Land leben können, verdanken wir den Freiheitsbewegungen in ganz Mittel- und Osteuropa: von Ungarn 1956 über die Charta 77 in der Tschechoslowakei und Solidarnosc in Polen bis hin zu den Reformen in der Sowjetunion.

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

2. Das Engagement der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger für Freiheit und Demokratie ist ein Grund zum Stolz und Teil unseres gesamtdeutschen historischen Erbes. Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich. Sie brauchen Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihren Erhalt starkmachen und Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen. Unabdingbar hierfür sind Respekt vor der Meinung anderer und Bereitschaft zum Kompromiss. Die Grenzen der Meinungsfreiheit werden überschritten, wo die Würde anderer Menschen verletzt wird. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder halten einen wertschätzenden Umgang der Menschen untereinander für die Grundlage eines friedlichen und gedeihlichen Miteinanders.
3. Dank des außerordentlichen Einsatzes der Bürgerinnen und Bürger in Ost und West ist die Wirtschaftskraft in den ostdeutschen Ländern mittlerweile deutlich gestiegen und die Lebensqualität hat sich erheblich verbessert. Es ist unter anderem eine Wissenschafts- und Forschungslandschaft mit internationaler Strahlkraft entstanden. Nichtsdestotrotz ist die ostdeutsche Wirtschaft weiterhin durch eine flächendeckende Strukturschwäche gekennzeichnet. Das Niveau der Löhne und verfügbaren Einkommen ist zum Beispiel geringer als im westdeutschen Durchschnitt. Insbesondere in ländlichen Regionen bestehen mit Blick auf den demographischen Wandel, die Fachkräftesicherung, Infrastrukturausbau und öffentliche Daseinsvorsorge große Herausforderungen. Insofern muss weiterhin an der konkreten Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse in West und Ost gearbeitet werden.
4. Zur Bilanz gehört auch die besondere Lebensleistung der Menschen im Osten Deutschlands, die seit der Wiedervereinigung eine tiefgreifende Transformation mit oftmals gravierenden biografischen Einschnitten erlebt und mitgestaltet haben. Das Jubiläumsjahr der deutschen Einheit ist ein sehr guter Anlass, um das Verständnis für die Leistungen der Menschen zu fördern, die zum Zusammenwachsen unseres Landes beigetragen haben. Auch nach 30 Jahren

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

gibt es ein breites Bedürfnis, das Geschehene zu reflektieren und die Aufarbeitung des SED-Unrechts fortzuführen. Zudem gilt es, den Erfahrungsvorsprung der Menschen in Ostdeutschland beim Umgang mit fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen – und den damit verbundenen Herausforderungen und Chancen – für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft zu nutzen.

5. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder beobachten mit Sorge, dass ein Teil der Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Teilhabe heute distanziert gegenüberstehen und unsere im Grundgesetz festgehaltenen Werte ablehnen und missachten. Das Propagieren vermeintlich einfacher Lösungen, das Verbreiten von Verschwörungstheorien, Hass und Hetze gegen Andersdenkende, rassistisch motivierte Angriffe sowie Gewalt gegen engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres Staates auf allen Ebenen bedrohen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und schaffen ein Klima der Angst und Intoleranz. Mit aller Entschiedenheit stellen wir uns gegen Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslimen, Migrantinnen und Migranten und jegliche anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie jeden Versuch der Einschränkung von Entfaltungsmöglichkeiten für die demokratische Zivilgesellschaft. Bedrohte Einzelpersonen, Gruppen und Einrichtungen müssen sich auf den Schutz durch Polizei und Justiz verlassen können.
6. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder verurteilen zudem die zunehmende Gewalt gegen Einsatz-, Hilfs- und Rettungskräfte. Sie verdienen unser aller Respekt und Dank. Sämtliche Übergriffe sind Anschläge auf unser Land und unser demokratisches Gemeinwesen, die wir nicht hinnehmen. Wir setzen die entschiedene Klarheit und alle verfügbaren Mittel des Rechtsstaats der Gewalt entgegen.

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

7. Wir setzen uns für lebendige Städte, Gemeinden, Dörfer und Quartiere ein. Dies sind die Orte, an denen Bürgerinnen und Bürger konkrete Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen und demokratische Teilhabe als erstes und unmittelbar erfahren und gelebt wird. Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, die täglich Demokratie mit Leben erfüllen und sich für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger starkmachen. Es ist unser gemeinsames Anliegen, dass die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur Verantwortungsübernahme in ihrer Kommune in allen Ländern gefördert und gestärkt wird.
8. Die erfolgreiche friedliche Revolution vor 30 Jahren hat uns vor Augen geführt, dass ein respektvolles Miteinander und eine lebendige demokratische Kultur in unserer vielfältigen Gesellschaft wache und engagierte Bürgerinnen und Bürger braucht. Freiheit, Demokratie und sozialer Zusammenhalt sind ohne bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar. Das wurde und wird auch während der Corona-Pandemie deutlich, in der Freiwillige auf vielfältige Weise die Kraft der Solidarität unter Beweis stellen. Bund und Länder wollen im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene dauerhaft weiter verbessern und sich auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen. Hierfür gilt es, eine das Engagement fördernde Infrastruktur auszubauen sowie eine generationsübergreifende Freiwilligenkultur umfassend zu unterstützen.
9. Gemeinnützige Organisationen bilden eine der zentralen Säulen unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sind sich darin einig, bei den Hilfsprogrammen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie die Stärkung der Zivilgesellschaft als ein wichtiges Ziel einzubeziehen. Sie betrachten es als eine gemeinsame Verantwortung, die

**47. Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen
Länder und Gespräch mit der Bundeskanzlerin und dem
Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer
am 27. Mai 2020 im Format einer Videokonferenz**

Zivilgesellschaft als unverzichtbares Standbein unserer Demokratie zu unterstützen.

10. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder würdigen den großen ideellen und finanziellen Beitrag, den die Europäische Union in den vergangenen drei Jahrzehnten zum Aufbau Ost geleistet hat. Sie sehen in der kommenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine Chance, um Antworten auf die globalen Herausforderungen zu entwickeln. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder setzen sich für die Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft in der Europäischen Union ein, um den Zusammenhalt Europas zu stärken, den Kern der europäischen Idee zu festigen und für alle erlebbar zu machen sowie die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union als demokratischer Wertegemeinschaft zu fördern.

11. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft sind die Grundlagen von Frieden und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und in der Europäischen Union. Sie haben in Westeuropa seit 75 Jahren zu einer dauerhaften Aufwärtsentwicklung geführt und sind vor 30 Jahren auch in der DDR und in den Ländern Mittel- und Osteuropas erkämpft worden. Dieses Fundament gilt es zu schützen und zu festigen.